



für ver.di Aktive im Saarland

Ausgabe 08/25 (Nr.36) am 21. März 2025

Wir befassen uns mit der Rente

Die Rente stärken

Ein Leben lang gearbeitet - und dennoch wird die Rente nur mit Einschränkungen zum Leben reichen. Dieses Schicksal trifft immer mehr Menschen in Deutschland. Warum ist das so und was kann man daran ändern. Wir haben als Referenten von der Arbeitskammer Dr. Frank Bandau zu Gast. Am 10. April um 18 Uhr bei ver.di. Alle sind herzlich eingeladen.

Die Rente soll später das wegfallende Entgelt aus dem Berufsleben ersetzen. Doch sie soll auch ein würdevolles Leben im Alter sicherstellen.

Derzeit beruht unser Rentensystem auf dem Umlageverfahren. Die Renten der älteren Generationen werden aus Beiträgen bezahlt, die Erwerbstätige und Unternehmen als prozentualen Anteil der Löhne zahlen. Die Propagandisten der Aktienrente behaupten nun, dass mit einer kapitalgedeckten Altersvorsorge höhere Renten zu erwarten wären. Die Rentenbeiträge der jüngeren Generationen sollen teilweise in Aktien oder andere Wertpapiere investiert werden und die Erträge daraus sollen die Renten finanzieren. Dies soll sich auch dann rechnen, wenn das notwendige Kapital nicht durch Beiträge, sondern durch staatliche Schuldenaufnahme finanziert wird.

Unser Vorstandsmitglied Michael Quetting hatte mit anderen Gewerkschaftern und Sozialpolitikern bei attac die Initiative „Nein zur Aktienrente“ ins Leben gerufen.

Schließlich einigte man sich in der Ampel auf das „Rentenpaket II“, zum Beschluss im Bundestag kam



Foto: Frank Bandau

es allerdings nicht. Das Rentenniveau hätte bei 48 % gehalten werden sollen.

Angesichts der angekündigten Vorhaben, die Staatskasse radikal zu plündern, um eine unbegrenzte Aufrüstung zu finanzieren, lässt in Sachen Renten wenig Gutes vermuten. Es geht um die Frage, ob die Renten, die ohnehin schon erbärmlich niedrig sind für viele

Menschen, die, obwohl sie lange in die Rentenkasse einbezahlt haben, mit einem niedrigeren Rentenniveau jetzt in die Rente gehen, ob die noch mal schlechter werden. Dies ist zu befürchten, obwohl für viele Menschen die Rente schon heute vorne und hinten nicht reicht.

Über die Situation, über Konzepte, Perspektiven und Entwicklungen wollen wir uns mit Hilfe vom Kollegen Bandau in Kenntnis setzen und überlegen, was zu tun ist. Diskutiere auch Du am 10.4. mit uns.

Am 19.4. um 11.59 Uhr geht es los

Auf zum Ostermarsch Saar 2025

Unter dem Motto „Friedensfähig statt kriegstüchtig!“ findet auch 2025 dein Ostermarsch in Saarbrücken statt. Er startet um eine Minute vor 12, also 11.59 Uhr, an der Johanneskirche.. Von dort geht die Demonstration durch die Innenstadt und endet gegen 13 Uhr auf dem St. Johanner Markt. Der ver.di Ortsverein hat einstimmig beschlossen, zum Ostermarsch aufzuruhen. Der Bezirksgeschäftsführer der ver.di Region Saar-Trier, Christian Umlauf, wird dort sprechen. ver.di versteht sich als Teil der Friedensbewegung.

Die Welt rüstet auf, tausende Menschen sterben in Kriegen und die Gefahr eines Atomkrieges ist weiterhin nicht gebannt. Jetzt soll Deutschland kriegstüchtig gemacht werden. Abschreckung durch Stärke und Militär ist aktuell die einzige Lösung, die unsere Regierenden kennen. Doch Aufrüstung und Militarisierung werden uns dem Frieden nicht näherbringen. Über Ostern werden in Deutschland weit über hundert Ostermärsche stattfinden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fordern: Kriege stoppen – Frieden und Abrüstung jetzt! Sie fragen: Wo sind die friedenspolitischen Alternativen? Wo bleiben Diplomatie, Kooperation und Dialogbereitschaft?



Wir nehmen die neue Bundesregierung in die Pflicht und fordern von ihr:

- **Beenden Sie Kriege!** Stärken Sie diplomatische Initiativen für Frieden in der Ukraine, in Israel und Palästina, im Sudan, in der DR Kongo und überall auf der Welt!
- **Stehen Sie für internationales Recht und Kooperation ein!** Verurteilen Sie Verstöße gegen das Völkerrecht und setzen Sie sich für deren Aufarbeitung ein. Völkerrecht muss für alle gleichermaßen gelten. Erteilen Sie nationalen Egoismen eine klare Absage.
- **Entwickeln Sie einen Friedensplan für Europa!** Wir brauchen eine neue Friedensordnung, die auf gemeinsamer Sicherheit basiert, der Ukraine Frieden garantiert und Russland langfristig miteinschließt.
- **Zeigen Sie sich solidarisch mit den Opfern von Kriegen!** Gewähren Sie Menschen Schutz und Asyl, die vor Kriegen fliehen oder sich die-

sen entziehen wollen.

- **Rüsten Sie ab!** Sozialabbau oder neue Schulen für militärische Aufrüstung auf Kosten von u. a. Bildung, Klimaschutz und dringend benötigten Investitionen, die unser Leben verbessern, sind inakzeptabel.
- **Verhindern Sie die Stationierung von Mittelstreckenwaffen!** Setzen Sie sich stattdessen für neue internationale Abrüstungsverträge ein.
- **Setzen Sie sich für eine atomwaffenfreie Welt ein!** Sorgen Sie für den Abzug der US-Atombomben aus Büchel und treten Sie dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag bei. Erteilen Sie Überlegungen für EU-Atombomben eine klare Absage.
- **Führen Sie die Wehrpflicht nicht wieder ein!** Junge Menschen sollten Frieden lernen, nicht den Krieg üben.
- **Beschließen Sie ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz!** Rüstungsexporte müssen massiv reduziert und strengsten Regeln unterliegen.

Gemeinsam setzen wir zu Ostern ein Zeichen für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ist und bleibt für uns handlungsleitend. Dafür gehen wir auf die Straße. Mach auch du mit und beteilige dich am Ostermarsch Saar.



Durchbruch oder Apokalypse?

Das ganz große Rüstungspaket kommt, und zwar schnell. Es sind monströse Summen, die größte Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik, Kriegsmaterial im Umfang von Hunderten Milliarden, potentiell ohne Obergrenze. Wie bewerten wir das? Was sagt ver.di? Auch am 20. März diskutierten wir darüber im Ortsverein.

Union und SPD werden Milliardenkredite für Verteidigung und Infrastruktur auf den Weg bringen. Wenige Tage nach dem Start der Sondierungsgespräche verkündeten Union und SPD am 5. März: Alle Verteidigungsausgaben oberhalb von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts würden von den Beschränkun-

grüßte der ver.di-Vorsitzende, „denn wir brauchen auch dauerhaft mehr Investitionen“.

Wernecke äußerte Verständnis für die Diskussionen über höhere Verteidigungsaufwendungen in Deutschland und Europa. Gleichzeitig betont er: „Allerdings sind die Verteidigungsausgaben der europäischen Nato-Staaten bereits jetzt doppelt so hoch wie die Russlands. Was passiert eigentlich mit dem vorhandenen Geld? Einfach immer neue schwindelerregendere Zahlen auf eine nach oben offene Ausgabenskala zu setzen, ist daher nicht seriös. Eine neue Aufrüstungsspirale kann nicht das Ziel sein.“

Die Anrechnung der Verteidigungsaufwendungen im regulären Haushalt zu deckeln und Zusatzausgaben über Kredite zu finanzieren, gehe nach seiner Meinung in die richtige Richtung. Aber er wird auch deutlich und betont: „Zusätzliche Verteidigungsausgaben dürfen in keinem Fall zu Lasten von Zukunftsinvestitionen und des sozialen Zusammenhalts gehen, etwa indem an Bildung und Forschung gespart oder der Sozialstaat geschröpft wird.“

Allerdings fehlt es an deutlichen Worten, dass dieser grenzenlose schuldenfinanzierte Aufrüstungsrausch nur durchsetzbar scheint, wenn man der Bevölkerung vorgaukelt, Kanonen und Butter wäre gleichzeitig möglich. Im Kern wurde ein Blankoscheck ausgestellt. Man weiß nicht, wofür das Geld ausgegeben werden wird. Die Träume sind schon verschieden.



gen der Schuldenbremse ausgenommen.

Abgesehen von der vorrangigen Tatsache, dass ein waffenstarreres Deutschland immer eine Gefahr für die Welt ist, stellt sich die Frage, wer die Zeche zumindest langfristig zu zahlen hat. Die Kriegskredite werden früher oder später getilgt werden müssen – und zwar vor allem mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt, weshalb bei anderen Etatposten zu kürzen sein wird.

Am 7. März äußerte sich der ver.di-Vorsitzende auf den Webseiten unserer Gewerkschaft. Das geplante Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für Investitionen unter anderem in Verkehrswege, die Energiewende, Schulen und Krankenhäuser begrüßt der ver.di-Vorsitzende Frank Wernecke ausdrücklich. „Das fordern wir als ver.di seit vielen Jahren. Das ist ein Durchbruch“, so Wernecke.

Wichtig sei, dass die Mittel insbesondere auch von den Kommunen genutzt werden können, um etwa in den Ausbau des Nahverkehrs und in den Klimaschutz investieren zu können.

Auch die geplante Reform der Schuldenbremse be-



Christian Umlauf, Geschäftsführer in der ver.di-Region Saar-Trier, sieht die wachsende Rüstung schon

deutlich kritischer. Er bezeichnete das Vorhaben als einen „Freifahrtschein für die Rüstung ohne Deckung“. Allerdings findet er die Durchsetzung des Investitionsvorhaben als „clever“. Man müsse darum kämpfen damit auch die Beschäftigten in der Dienstleistungsbranche davon etwas abbekommen. Christian sprach am 20. März auf dem Treffen des Ortsvereins in Saarbrücken. Christian Umlauf äußerte sich zu den Aufgaben der Gewerkschaft nach den Bundestagswahlen und versuchte Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ihn bewegt insbesondere das gute Abschneiden der AFD und er äußerte seine Sorge da es in klassischen Arbeiterwohngebieten besonders hohe Stimmenanteile für die AFD gebe. Er ging auf die aktuelle Tarifausinandersetzungen ein und berichtete, dass es vor der Bildung der neuen Regierung schwierig sei, etwas Gutes für die Beschäftigten durchzusetzen.

Merz Satz „Whatever it takes“ hätte er sich weniger bei der Rüstung, sondern bei der Pflege, im Gesundheitswesen, bei der Verkehrswende und der Verbesserung der Infrastruktur gewünscht, meinte der Geschäftsführer. Nur bei der Rüstung hieße es plötzlich: „was immer es braucht“.

Ihm sei schon klar, dass noch nicht geklärt sei, wofür die 500 Milliarden ausgegeben werden. Auch habe er Signale erhalten, dass bestimmte Dinge, so z.B. das Lieferkettengesetz, aufgehoben werden sollen. Um so wichtiger wäre es, jetzt nicht nachzulassen und unsere Forderungen in die Diskussion einzubringen. Es gelte alles kritisch zu begleiten und zu hinterfragen.

Die Lage wäre schwieriger geworden, zumal Präsident Trump in den USA nur an seine eigenen Interessen denke. Wir müssten uns auf härter werdende Kämpfe einstellen, man werde versuchen, uns immer mehr zuzusetzen. Wir würden nichts mehr geschenkt bekommen. Jeden Cent, den wir für die Arbeitnehmerschaft erkämpfen, sei wichtig, weil die Verteilungskämpfe ein noch nicht bekanntes Ausmaß erreichen werden.

In einer sehr intensiv geführten Diskussion bekräftigten die Kolleginnen und Kollegen diese Befürchtungen. Alle lehnten die Schulden für die Rüstung ab und es wurde davor gewarnt, nicht auf jede Propaganda hereinzufallen. So sei belegt, dass Russland gar nicht in der Lage sei, Deutschland zu überfallen. Was die Investitionen anbelangt, so wurde betont, dass man vermutet, dass sie in erster Linie auch für militärische Zwecke eingesetzt werden sollen, wobei ein Disku-

tant darauf aufmerksam machte, dass wir ja gefordert hatten, die Schuldenbremse abzuschaffen und es sich darauf auch Möglichkeiten ergeben, auf die man setzen müsse. Andere betonten, dass oftmals die Gleichzeitigkeit zwischen Aufrüstung und Kahlschlag in allen sozialen Systemen nicht erkannt bzw. nicht thematisiert werde. So wurde bezweifelt, ob die gigantischen Schulden beglichen werden können, da die Umverteilung zugunsten der Superreichen nicht angepackt werden soll. Die abhängig Beschäftigten und die Renter und Rentnerinnen werden es bezahlen müssen. Es sei ein Betrug an den Wählern, eine nicht mehr vorhandene Mehrheit im Bundestag für eine Verfassungsänderung zu nutzen. Die Zeche dafür müssten schließlich unsere Kinder und Enkelkinder teuer bezahlen.



Der am 23. Februar abgewählte Bundestag hat am 18. März mit der Zweidrittelmehrheit von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen Grundgesetzänderungen beschlossen, die das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik in Gang setzen. Die sogenannte Schuldenbremse wurde für Rüstungsausgaben, die mehr als ein Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts betragen, ausgesetzt. Weiter wurden Sonderschulden in Höhe von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur als Anhängsel ebenso beschlossen. Mancher im Land nannte dieses Vorgehen einen Putsch, da ja dieser Bundestag gerade abgewählt wurde und diese Beschlüsse beim neuen Bundestag keine Mehrheit gefunden hätten. Die Billionen für die Aufrüstung sei vergleichbar mit

ver.di OV Saar

SOZIAL

STATT



ver.di

KRIEGSTÜCHTIG!

den Reichstagsabstimmungen über die Kriegskredite für den vom deutschen Imperialismus entfesselten Ersten Weltkrieg, wurde in der Diskussion behauptet. Der jetzt geplante Umfang sprengt allerdings alle bisherigen Dimensionen. 1914 ging es um zunächst fünf Milliarden Reichsmark, jetzt nannte das *Handelsblatt* die (vorläufige) Summe von 1,7 Billionen Euro. Das Thema Aufrüstung und Frieden, die Problematik Kanonen statt Butter sind für den Ortsverein von großer Bedeutung. Dazu haben die Kolleginnen und Kollegen auf mehreren Veranstaltungen diskutiert und Beschlüsse gefasst.



Unser Vorstandsmitglied Michael Quetting spricht nicht von einem „Durchbruch“ er schreibt von einer „Abenteuerlichen Apokalypse“, so in seinem Frühjahrskommentar, den er ebenfalls am 20. März auf seiner Webseite veröffentlichte. Jedes Quartal schreibt er einen Text unter der Überschrift „Gedanken von der Ruhebank“. Hier sein Text:

„Kriegskredite in unvorstellbarer Höhe. Unbegrenzte Aufrüstung per Flatrate, Verlängerung des Ukraine-Kriegs und Vorbereitung eines Kriegs gegen Russland. Wen juckt noch das eigene Geschwätz vor der Wahl? Man benutzt die noch vorhandenen Mehrheiten im bereits abgewählten Bundestag, um hunderte Milliarden für Aufrüstung und für die Ukraine zu verschleudern.

Markus Söder stellt fest, dass die SPD „schon immer eine staatstragende und verlässliche Kraft“ gewesen sei und der Beobachter ist geneigt anzuzweifeln, ob der Deal so kurz nach der Wahl nicht schon länger von den wirklich Mächtigen im Land vorbereitet wurde. Die Vorlage für die Einigung von CDU und SPD

kam von Spitzenökonomern des Kapitals wie dem Präsident des Ifo-Instituts Clemens Fuest und dem Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Michael Hüther.

Deutschland bringt das größte Aufrüstungsprogramm seit der Aufrüstung der Wehrmacht unter Adolf Hitler auf den Weg. Angestrebt wird eine führende Stellung Deutschlands in Europa. Um kriegstüchtig zu werden braucht es auch wieder der Wehrpflicht, jetzt auch für die Frauen, wie Joschka Fischer von den Grünen uns wissen lässt.

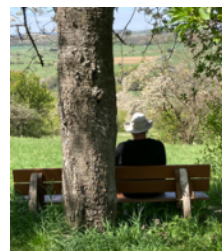
In Billionenhöhe verschulden für imperiale Gelüste, das hat seine Ursache weniger in dem Streit eines Schauspielers mit einem Psychopathen im Weißen Haus in Washington. Osteuropa einschließlich Russland soll sich unterordnen, Abrüstungsverträge mit Russland wurden gekündigt, die Gefahr aus dem Osten aus der Mottenkiste geholt. Robert Habeck wollte der USA „stärker dienen“, um so an Bedeutung zu gewinnen.

Als Trump das Schweigen gegenüber Putin brach, damit er mehr den Erzfeind China in den Blick nehmen kann, da standen die Diener plötzlich im Regen und waren abgemeldet und sollten nach Trump Willen lediglich die Funktion des Zahlmeisters innehaben. Das deutsche Kapital will nicht einfach nur zuschauen. Donald Trump mag das nicht, weswegen sich die deutschen Kriegskredite indirekt auch gegen die USA richten.

Bleibt dann doch bei manchem Freund die Freude, dass auch ein Investitionsprogramm für die dringend notwendige Erneuerung der maroden Infrastruktur aufgelegt wird. Dabei wird gerne übersehen, dass Brücken, Straßen, Schienen und Häfen des Landes in Schuss gebracht werden müssen, damit die Panzer und Truppentransporte schnell vom Westen in den Osten verlegt werden können. Auch können wir unmöglich alle Krankenhäuser vernichten, wenn wir ja 1.000 Verwundete pro Tag erwarten, die versorgt werden sollen.

Das abenteuerliche Credo jener Experten, die uns noch neulich von der schwäbischen Hausfrau erzählten, die nur das Geld ausgeben kann, über welches sie verfügt, besagt: Die schuldenbasierte Aufrüstung soll finanziert werden durch schuldenbasierte Investitionen in die Infrastruktur. Abenteuerliche Apokalypse. Das ging schon zweimal daneben. Das Ergebnis waren sowohl Millionen Tote als auch Not, Hunger und Armut. Sollte es uns nicht gelingen, den politischen Kurs zu ändern, dann stehen wir vor folgenden Möglichkeiten: Entweder sterben wir im Inferno eines Krieges oder an Verarmung und Not in der Verelendung. Wobei, beides kann auch zusammen eintreffen.“

Es war ein spannender Abend bei der ver.di. Die Stimmung war ein wenig gedrückt. Christian Umlauf empfahl, die Probleme „kämpferisch anzugehen“, Es mache Hoffnung, dass gerade 5.000 Kollegen an der Streikdemo teilgenommen haben, ver.di könne 300 neue Mitglieder begrüßen.



Tarifeinigung gescheitert

Die Arbeitgeber wollen keine Einigung. In zwei Runden legten sie gar kein Angebot vor. Und in der dritten Runde, die von Freitag bis Montag, den 17.3., dauerte, gab es keine Einigung. Erst am Samstag hatten die Arbeitgeber ein Angebot vorgelegt. Während den Verhandlungen gab es wohl Annäherungen und auch zahlreiche Kompromissangebote seitens der Gewerkschaften. Schließlich kam es aber zu keiner Einigung. Am späten Abend stand fest: Die Verhandlungen sind gescheitert. Nun wollen die Arbeitgeber die Schlichtung anrufen.

Nach einem viertägigen, kräfte- und nervenzehrenden Verhandlungsmarathon in der dritten Runde der Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen haben die Arbeitgeber die Gespräche scheitern lassen. „Wir haben uns bis an die Schmerzgrenze bewegt. Die Arbeitgeber haben unsere Einigungsvorschläge abgelehnt“, kritisierte der ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführer Frank Werneke in Potsdam.

ver.di war vorbereitet gewesen, die ganze Nacht zu verhandeln, schließlich baten wir auch eine vierte Verhandlungsrunde an. Bund und Kommunen flüchteten sich aber in die Schlichtung.

„Egal, ob bei einer ausreichenden linearen Erhöhung oder einem Mindestbetrag als soziale Komponente, Altersteilzeit oder einem zeitgemäßen Arbeitszeitkonto – die Arbeitgeber haben sich vielen für die Beschäftigten wichtigen Forderungen weitgehend verweigert“, sagte Werneke. Die Kommunen haben auch die längst überfällige Ost-West-Angleichung beim Kündigungsschutz abgelehnt. Werneke: „Bis kurz vor dem Erklären des Scheiterns der Verhandlungen durch die Arbeitgeber hat es immer neue Lösungsvorschläge durch ver.di gegeben, von daher bedaure ich es sehr, dass sich Bund und Kommunen offenbar in die Schlichtung flüchten.“

Die Gewerkschaft habe zunächst in zähen Runden mit den Arbeitgebern versucht, einer Einigung näher zu kommen. Dies sei aber offenbar nicht gewollt gewesen, sagte der ver.di-Vorsitzende: „Wir waren für



eine Lösung bereit – unsere Verhandlungspartner ganz offenbar nicht.“

In den zurückliegenden Wochen seit der zweiten Runde der Tarifverhandlungen Mitte Februar hatten





etliche zehntausend ver.di-Mitglieder die Arbeit zeitweilig niedergelegt; allein in der Woche vor der dritten



Runde beteiligten sich mehr als 150.000 Kolleg*innen aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes im gesamten Bundesgebiet an Warnstreiks und zeigten, wie wichtig ihnen höhere Löhne und bessere Arbeits-

bedingungen sind. „Nach dieser Verhandlungsrunde sind die Beschäftigten hochmotiviert, weiter für ihre Forderungen zu kämpfen“, stellte Werneke klar. Nach dem Scheitern sollen nun Schlichter vermitteln. Die Arbeitgeber haben den früheren hessischen Mi-



nisterpräsidenten Roland Koch (CDU) benannt. Er könnte als „stimmberechtigter“ Schlichter den Ausschlag für einen Kompromiss geben. Für die Arbeitnehmerseite soll der frühere Bremer Finanzstaatsrat Hans-Henning Lühr Schlichter werden.



Umverteilung des Reichtums

Prof. Butterwegge kommt ins Saarland

Warum nimmt die soziale Ungleichheit seit Jahren zu? Welche Rolle spielen dabei Wirtschaftsstrukturen, Eigentumsverhältnisse und Verteilungsmechanismen? Mit welchen Narrativen werden die beträchtlichen Einkommens- und Vermögensunterschiede gerechtfertigt? Diese Fragen sind Gegenstand eines Vortrages von Prof. Butterwegge, zu dem



ihn die Arbeitskammer und die Stiftung Demokratien nach Saarbrücken eingeladen haben. Der Titel seines Vortrages am 1. April: „Umverteilung des Reichtums“ Christoph Butterwegge beleuchtet in seinem Vortrag die Politik unterschiedlicher Bundesregierungen und fragt, weshalb sich die Kluft zwischen Arm und Reich nach der „Zeitenwende“ und zusätzlichen Rüstungsanstrengungen weiter vertieft. Dabei nimmt er den Niedriglohnsektor, den „Um-“ bzw. Abbau des Sozialstaates sowie die Steuerentlastungen für Wohlhabende in den Blick und wirft u.a. die Frage auf, wie sich die Entwicklung aufhalten lässt, dass die Reichen noch reicher und die Armen noch zahlreicher werden. Angesichts der Umverteilung von Unten nach Oben setzt unser Gast eine Rückverteilung des Reichtums auf die Agenda.

Prof. em. Dr. Christoph Butterwegge war wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften der Universität Bremen, wo er 1990 im Fach Politikwissenschaft habilitierte. Später vertrat er an der Fachhochschule Potsdam eine Professur für Sozialpolitik. Von 1998 bis 2016 lehrte Christoph Butterwegge Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zu seinen Publikationen gehören u.a. „Die zerrissene Republik“, „Ungleichheit in der Klassengesellschaft“, „Kinder der Ungleichheit“ (mit Carolin Butterwegge), „Die polarisierende Pandemie. Deutschland nach Corona“ sowie das jüngst erschienene Buch „Umverteilung des Reichtums“, das die Grundlage des Vortrags bildet. Der Vortrag findet am 1. April ab 18 Uhr in der Stiftung Demokratie Saarland in Saarbrücken - Europaallee 18 - statt. Er kann auch online über YouTube gestreamt werden. Die Teilnahme ist kostenlos. Bei Präsenzteilnahme bittet die Stiftung Demokratie Saarland aus organisatorischen Gründen um Anmeldung.

Herzliches Beileid

Wolfgang Fieg ist tot

Am 3. März ist der ehemalige Gewerkschaftssekretär Wolfgang Fieg verstorben.

Wir haben ihm in der ötv und ver.di viel zu verdanken. Er war ein großartiger Funktionär und Freund, ein überaus kluger Kopf, von dem auch ich viel lernen durfte. Als Gewerkschaftssekretär war er Vorbild und immer konsequent auf der Seite der abhängig Beschäftigten. Wenn wir eine Frage hatten, insbesondere wenn es sich um Tariffragen oder aber auch um die Geschichte der Arbeiterbewegung handelte, er hatte dafür immer ein offenes Ohr und Antworten. Es war ein Genuss ihn in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit erleben zu dürfen. Noch im Januar verständigten wir uns über die Situation in den saarländischen Krankenhäusern.

Der Diplom-Verwaltungswirt wurde am 23. Mai 1947 in Frankfurt am Main geboren und arbeitete nach seiner Ausbildung in der Frankfurter Stadtverwaltung. Er war Dozent in der Verwaltungsausbildung in den Gebieten Kommunalrecht und Politische Geschichte. Ab 1977 war er als Gewerkschaftssekretär bei der ÖTV-Hauptverwaltung in Stuttgart beschäftigt. Nach der Gründung von ver.di arbeitete er am Aufbau guter und starker gewerkschaftlicher Strukturen für ver.di im Saarland an vorderster Stelle mit. Er war Leiter der Rechts- und Tarifabteilung beim Landesbezirk der ver.di-Saar.

Wolfgang war mit 18 Jahren in die SPD eingetreten, kritisierte aber immer mehr die neoliberale Orientie-



Kollege Wolfgang Fieg (links erste Reihe) auf einer Diskussionsveranstaltung des Ortsvereins der ver.di in Saarbrücken

rung dieser Partei und trat 2007 in die LINKE ein und übernahm dort wichtige Funktionen in den Schiedskommissionen. Auch nahm er aktiv am gewerkschaftlichen Leben des OV Saar teil .

„Wolfgang hat immer auf gemeinsamer Augenhöhe, sehr sachlich und sehr empathisch diskutiert, er hatte dabei immer im Blick, wie er seinen Kolleginnen und Kollegen helfen konnte,“ betonen Landesbezirksleiter Michael Blug und Betriebsratsvorsitzender Sven Scheerer im Nachruf. Am 26.3. findet um 12 Uhr bei Pietät von Rüden St. Annual eine Trauerfeier statt. Wir verneigen uns vor seiner Lebensleistung.

Frühlingsempfang des DGB

Timo Ahr: Geeint und stark gegen Spaltung

Am 17. März trafen sich über 200 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Saarrondo hinter dem Saarbrücker Hauptbahnhof zum traditionellen Frühlingsempfang. Geladen hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Regionsgeschäftsführerin Fabienne Wolfanger konnte zahlreiche Betriebs- und Personalräte sowie Vertreter von Politik und Wirtschaft begrüßen. Auch die Ministerpräsidentin Anke Rehlinger war nicht nur unter den Gästen, sondern sprach zu den Anwesenden, darunter auch viele ver.dianerinnen und ver.dianer.



Die Ministerpräsidentin lobte die bisherigen Vereinbarungen der vermutlich neuen Bundesregierung „aus saarländischer Sicht“. Besonders hob sie hervor, dass man durch günstige Industriestrompreise Deutschland wieder wettbewerbsfähig machen wolle. Sie begrüßte ausdrücklich die Planungen für die Infrastruktur, weil man Verteidigung und Soziales nicht gegeneinander stellen dürfe, sonst würde man die Unterstützung der Bevölkerung verlieren. Als notwendig bezeichnete sie die Vereinbarungen für eine Aufrüstung und Hilfen für die Ukraine. Die Vorhaben hätten sich durch die Interventionen der Grünen sogar verbessert. Es ginge allerdings auch darum, dass die Menschen „mehr Netto vom Brutto“ erhalten würde und nannte ausdrücklich die Erwartungshaltung, dass der Mindestlohn auf 15 Euro steige. Letztlich ginge es darum „Sicherheit in Zeiten des Wandels“ zu erhalten. Diese neue Regierung könne am Ende gut werden.

Timo Ahr wurde deutlicher und nannte verschiedene Aktivitäten des DGB und der Einzelgewerkschaften nicht nur im Bundestagswahlkampf. Ihm gehe es um die Solidarität und nannte auch das Beispiel von 200.000 Euro Spendengelder des DGB für vom Hochwasser betroffenen Kollegen. Politisch betonte er die Notwendigkeit den Sozialstaat zu stärken. Und mit Schrecken habe er festgestellt, was da im Wahlkampf so alles aus der „Mottenkiste“ hervorgeholt wurde, um soziale Rechte abzubauen. Dafür zu sorgen, damit dies wieder in die Mottenkiste verbannt wird, dafür würden die Gewerkschaften kämpfen und sich dabei auch nicht von rechten Kräften wie der

AFD abhalten lassen.

Timo Ahr betonte als einziger auch die Bedeutung des Friedens und verwies in diesem Zusammenhang auf Diskussionen, die er mit uns im Ortsverein geführt habe. Ohne Frieden sei alles nichts, notwendig sei mehr Diplomatie. Der Zusammenhang zwischen Kriegskrediten und zu erwartenden Sozialabbau wurde allerdings leider nicht erwähnt und thematisiert. Stark seine

Worte gegen die Spaltungsversuche der Arbeiterbewegung. Dem müssten wir uns energisch entgegenstemmen. Die Solidarität würde uns niemand nehmen. Wir sollten nicht vergessen, dass die Einheitsgewerkschaft eine Schlussfolgerung aus der Nazi-Herrschaft gewesen sei.

Der Gewerkschaftsleiter stellte die Versammelten auf kommende Auseinandersetzungen ein, schließlich gehe es um entscheidende Fragen in der Arbeitswelt, bei der sozialen Gerechtigkeit und bei der Transformation der Wirtschaft bis hin zur Klimafrage.

Die Kolleginnen und Kollegen nutzen die Zeit nach den Reden für spannende und anregende Gespräche und Diskussionen. Man tauschte sich aus, die DGB-Familie vernetzte sich. Das ist das Kernanliegen des Frühlingsempfangs.



Militarisierung

Beschleuniger des Klimawandels

Die geplante Aufrüstung erhöht nicht nur die Gefahr von Krieg, Tod, Leid und Zerstörung, sondern wird auch den Klimawandel weiter beschleunigen.

Der jährliche CO₂-Fußabdruck des deutschen Militärs liegt bereits in Friedenszeiten bei mindestens 4,5 Millionen Tonnen – das entspricht dem CO₂-Ausstoß von etwa einer Million Autos pro Jahr. Gleichzeitig werden durch die Rüstungspläne wertvolle gesellschaftliche Ressourcen in Waffen und Kriegsgerät investiert – anstatt in eine sozial-ökologische Wende. Das jüngste Beispiel: In Görlitz wurde eine Produktionsstätte für Straßenbahnen in eine Panzerfabrik umgewandelt.



Diesen Rundbrief kannst auch Du abonnieren!

Bestellen oder abbestellen ohne Probleme.

Mail an: michael@Quetting.de genügt



Inflation

Am Essen gespart

Schlechte Nachrichten für Deutschlands Verbraucher. Die Preise für Waren und Dienstleistungen lagen im Februar um 2,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Insbesondere Lebensmittel schlugen mit einem Plus von 2,4 Prozent einmal mehr tief ins Kontor, nach einer Steigerung von „nur“ 0,8 Prozent im Januar. Deutlicher waren die entsprechenden Kosten zuletzt zum Jahresauftakt 2024 gestiegen, damals um 3,8 Prozent.

Bekanntlich belastet dieser Posten vor allem Menschen aus dem unteren Einkommensdrittel. Sie werden noch ärmer.

Gemäß einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Verbraucherorganisation Foodwatch wünschen sich fast 90 Prozent der Bevölkerung von der kommenden Bundesregierung Maßnahmen, damit Lebensmittel wieder bezahlbar werden. Die Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse müsse gestrichen werden, zudem eine staatliche Beobachtungsstelle die Preisentwicklungen insbesondere bei den großen Handelskonzernen analysieren und in leicht verständlicher Form öffentlich machen, erklärte Foodwatch-Mitarbeiterin Alina Nitsche. „Union und SPD sollten nicht nur Geschenke an Gastronomen und Landwirte verteilen, sondern dafür sorgen, dass gutes und gesundes Essen für alle Menschen möglich ist.“

Infolge eines Preisauftriebs von 34 Prozent seit 2020 sparen immer mehr Menschen an ihrer Ernährung. Laut Umfrage kaufen 64 Prozent inzwischen weniger Fleisch ein, 30 Prozent weniger Milchprodukte, und 22 Prozent machen Abstriche bei Obst und Gemüse.

Kontrovers diskutiert:

Oscar für „No other land“

Der eindrucksvolle palästinensisch-israelische Dokumentarfilm „No Other Land“ hat den Oscar für den besten Dokumentarfilm gewonnen. Der Film ist ein fesselndes und authentisches Porträt der Palästinenser im Westjordanland – und ihres Widerstandes gegen Besatzung und Apartheid.

Basel Adra, ein junger palästinensischer Aktivist aus Masafer Yatta im Westjordanland, kämpft seit seiner Kindheit gegen die Vertreibung seiner Gemeinschaft durch die israelische Besatzung. Er dokumentiert die schrittweise Auslöschung der Dörfer seiner Heimatregion, wo Soldat*innen im Auftrag der israelischen Regierung nach und nach Häuser abreißen und ihre Bewohner*innen vertreiben. Irgendwann begegnet er Yuval, einem israelischen Journalisten, der ihn in seinen Bemühungen unterstützt. Eine unwahrscheinliche Allianz entsteht. Die Beziehung der beiden wird durch die enorme Ungleichheit zwischen ihnen zusätzlich belastet: Basel lebt unter militärischer Besatzung, Yuval frei und ohne Einschränkungen. Der Film eines palästinensisch-israelischen Kollektivs vierer junger Aktivist*innen entstand als Akt des kreativen Widerstands auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit.

Bei der Berlinale 2024 sorgte die Verleihung des Dokumentarfilmpreis an „No Other Land“ für Aufregung und Empörung bei den Massenmedien. CDU, SPD und Grüne waren empört über die „israelfeindlichen und antisemitischen Ausfälle“ bei der Berlinale. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) und Bundespolitiker von CDU/CSU und Grünen forderten Konsequenzen für die Berlinale, damit „sich solche Vorfälle nicht wiederholen“. Die deutsche Kulturministerin Claudia Roth (Grüne) gab damals auf die Frage, warum sie am Ende der Rede zur Preisverleihung für alle sichtbar applaudiert habe, die schändliche Antwort, sie habe dem israelischen Filmemacher applaudiert, d. h. nicht seinem palästinensischen Kollegen.

Der jüdische Regisseur Yuval Abraham rechnete daraufhin mit Deutschland ab: „Es schmerzt mich zu sehen, wie ihr nachdem ihr den Großteil meiner Familie im Holocaust ermordet habt, das Wort Antisemitismus seiner Bedeutung beraubt, um Kritiker der israelischen Besatzung im Westjordanland (das Thema unseres Films) zum Schweigen zu bringen und Gewalt gegen Palästinenser zu legitimieren.“

Beim Europäischen Filmpreis im Dezember vergangenen Jahres räumte der Film als bester Dokumentarfilm ab. Und jetzt hat das palästinensisch-israelischen Filmemacherteam von „No other land“ den Oscar für den besten Dokumentarfilm gewonnen.

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saarland. Der Vorstand
ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken
<https://saar-trier.verdi.de/>
Kontakt: christian.umlau@verdi.de
OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de
Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de
Fotos: ver.di, Michael Quetting Der Rundbrief erscheint als pdf